

die bisher kein Bafög erhalten haben, begründen ihre Nichtbeantragung des Geldes mit ihrer Angst vor Verschuldung.

- 63% der StudentInnen sind neben ihrer Ausbildung erwerbstätig. Ein Drittel sogar laufend! Seit 1991 ist die Quote erheblich angestiegen. Für 42% der Studierenden, die einer Arbeit nachgehen, ist dieses Einkommen für den Lebensunterhalt absolut notwendig. In Thüringen arbeiten 50% nebenher. 67% der Studierenden mit einem migrantischen Hintergrund gehen arbeiten. Häufiger als Deutsche sind sie auf das Einkommen angewiesen.
- Studierende aus einer niedrigen sozialen Herkunft üben häufiger Aushilfstätigkeiten aus. Studierende der Herkunftsgruppe "hoch" dagegen arbeiten verstärkt qualifiziert, z.B. als studentische Hilfskräfte. Das erklärt sich vor allem aus den unterschiedlichen Motivationen für die Arbeit. Wer Geld zum Leben verdienen muss, ist weniger wählerisch. Wem es um das Knüpfen von Kontakten geht, wird seinen Job entsprechend auswählen.
- Der durchschnittliche Nettolohn studentischer Arbeit liegt bei 9 Euro, im Osten ist der Lohn mit 7 Euro pro Stunde wesentlich niedriger.

Mehr Informationen

- **Deutsches Studentenwerk:** www.studentenwerke.de
- **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft:** www.gew.de
- **freier Zusammenschluss der studierendenschaften:** www.fzs-online.de
- **Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di):** www.verdi.de
- **Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi):** www.bdwi.de
- **Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:** www.die-linke-thl.de

Mehr **Positionen** von Susanne Hennig?

- 01:** Wer zahlt meine Miete? Zur sozialen Lage von Studierenden.
- 02:** Plädoyer für französische Verhältnisse! Zum Verhältnis von Protest und Parlament.
- 03:** Prekäre Wissenschaft? Zu Arbeitsverhältnissen an den Hochschulen.
- 04:** Weg damit! Die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge rückgängig machen.
- 05:** Gezahlt wird nicht! Für kostenfreie Bildung. (*coming soon!*)
- 06:** Was tun? Anforderungen an eine linke Studierendenpolitik (*coming soon!*)



Susanne Hennig (geboren 1977) ist Abgeordnete im Thüringer Landtag der Fraktion DIE LINKE. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Ausbildungs- und Studierendenfragen. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Matthias Bärwolff betreibt sie in der Erfurter Innenstadt das offene Jugendwahlkreisbüro RedRoXX.

RedRoXX
www.redroxx.de

Jugendbüro RedRoXX
Pilsbe 29...99084 Erfurt
Tel. 0361/6547229
kontakt@redroxx.de

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE
Thüringer Landtag
Arnstädterstraße 51
99096 Erfurt
Tel. 0361/3772318
hennig@die-linke-thl.de

Positionen erscheint als Flugblattreihe der Abgeordneten des Thüringer Landtages Susanne Hennig (ViSdP), Fraktion DIE LINKE, Thüringer Landtag, Arnstädterstraße 51, 99096 Erfurt.
Text: Susanne Hennig, Layout und Redaktion: Paul Wellson.

www.susannehennig.de

01

Positionen

... zur Ausbildungs- & Studierendenpolitik

Wer zahlt meine Miete?

Zur sozialen Lage von Studierenden

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Wer zahlt meine Miete?

Warum ist die soziale Lage von Studierenden in der politischen Debatte relevant? Was ist daran interessant, ob Studierende jeden Monat 300 oder 800 Euro zur Verfügung haben und ob ihre Eltern Geschäftsführer bei Siemens oder Hartz-IV-Empfänger sind? Und ist es nicht egal, wie viele Stunden Studierende neben ihrem Studium arbeiten?

Bildung ist eine Voraussetzung für die Entfaltung der individuellen Persönlichkeit und der Entwicklung des Einzelnen sowie für die Teilhabe an der Gesellschaft. Im selben Maße ist die Entwicklung gesellschaftlichen Wohlstands für alle auch vom Bildungsniveau ihrer Mitglieder abhängig. Das Interesse linker Politik muss eine Erhöhung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus sein, was unter anderem eine Steigerung der Studierendenzahlen erfordert und allen einen freien, kostenlosen Zugang zu Bildung ohne Diskriminierung ermöglichen muss.

Die jetzige Politik schreckt dagegen ab und versperrt vielen den Zugang zu Bildung. Barrieren machen das Bildungssystem undurchlässig und sortieren frühzeitig aus. Nach den Daten der 18. Sozialerhebung des „Deutschen Studentenwerkes“ studieren 83 von 100 Akademikerkindern, von 100 Nichtakademikern nur 23. Gleichzeitig werden 90% der Studierenden zur Hälfte von ihren Eltern finanziert. Das zeigt, dass soziale Selektion im Bildungsbereich weit vor dem Hochschulzugang stattfindet und Studierende zu großen Teilen von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Elternhauses abhängig sind. Und Bafög führt zur Verschuldung. Kinder von Niedrigverdienenden dürften daher ihre Bildungsentscheidung häufiger von ihren finanziellen Mitteln abhängig machen.

Die monatlichen Einnahmen der Studierenden in Thüringen betragen 2003 durchschnittlich 650 Euro. Fast die Hälfte bestreitet ihren Unterhalt mit Einnahmen unter dem Bedarfssatz, wobei jeder fünfte weniger als 450 Euro monatlich zur Verfügung hat. Die Einnahmen decken kaum die Ausgaben. Ein Studierender in Thüringen benötigt durchschnittlich 190 Euro für Miete, 130 Euro für Ernährung, 50 Euro für Kleidung, 80

Kosten Die monatlichen Einnahmen der Studierenden in Thüringen betragen 2003 durchschnittlich 650 Euro. Fast die Hälfte bestreitet ihren Unterhalt mit Einnahmen unter dem Bedarfssatz, wobei jeder fünfte weniger als 450 Euro monatlich zur Verfügung hat. Die Einnahmen decken kaum die Ausgaben. Ein Studierender in Thüringen benötigt durchschnittlich 190 Euro für Miete, 130 Euro für Ernährung, 50 Euro für Kleidung, 80

Euro für Fahrten und 100 Euro für sonstige Anschaffungen, z.B. Lernmittel. Um diese Ausgaben zu decken, arbeitet die Hälfte der Studierenden nebenher, 43% erhalten zwar Bafög, was aber noch lange nicht ausreicht. Bundesweit empfinden nur 60% der Studierenden ihre Finanzierung als gesichert. Mit unsicheren Existenzbedingungen für Studierende ist eine Erhöhung des gesellschaftlichen Bildungsniveaus nicht zu erreichen. Will man die Zahlen also erhöhen, müssen die Lebensverhältnisse unabhängig von ihren Eltern gesichert werden.

Das aber die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland seit langer Zeit abnimmt, verdeutlicht ein Gutachten der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Der Expansion der Hochschulen fehle die materielle Grundlage. Seit 1975 hat sich die Studierendenzahl mehr als verdoppelt. Der Anteil der Ausgaben für Hochschulen am Bruttoinlandsprodukt ist jedoch von 1,05% auf 0,82% im selben Zeitraum zurückgegangen. Vollmundige Bekundungen zur gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung finden keinen finanziellen Niederschlag.

Stattdessen wird die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen durch den Staat zunehmend in private Verantwortung übergeben. Studiengebühren, Verwaltungskostenbeiträge oder Privatuniversitäten zementieren soziale Schichtungen. Die Qualität von Bildung wird an die Zahlungsfähigkeit der „Kunden“ gebunden. Für einen freien Hochschulzugang, eine soziale Absicherung der Studienfinanzierung und die Ausfinanzierung der Hochschulen zu streiten ist daher immer auch ein sozialer Kampf, der nicht nur unmittelbar Studierende betrifft.

Die Herkunft entscheidet...

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Die Herkunft entscheidet über die Chance, eine gute Ausbildung zu erhalten. Es sind vor allem Kinder aus Akademikerhaushalten und der Mittelschicht, die an die Hochschulen gehen. Kinder von Angestellten oder aus Arbeiterhaushalten haben deutlich schlechtere Chancen. Die Bildungsbarrieren beginnen schon im Kindergarten, wie

die aktuelle Sozialerhebung des „Deutschen Studentenwerkes“ bestätigt.

• Von 100 Kindern erreichen nur 77 eine weiterführende Schule. 42 machen Abitur und nur noch 37 nehmen ein Studium auf. 21 Menschen schaffen schließlich ihren Hochschulabschluss. Diese Selektion ist weniger durch individuelles Verhalten verursacht, sondern vor allem von der sozialen Lage und der Bildung der Eltern abhängig. Korrekturen am vorgezeichneten Weg sind dem Einzelnen im deutschen Ausbildungssystem schwer möglich.

• Nur 17% der Kinder von ArbeiterInnen studieren. Dagegen 52% der Kinder von Selbstständigen und 65% der Beamtenkinder. 2006 kamen nur 13% der Studierenden aus einer sozial schlecht abgesicherten Gruppe und 62% aus der gehobenen oder hohen Schicht. Verschärft ist diese Situation in Thüringen: Hier kommen sogar 66% der Studierenden aus der Oberschicht.

• Durchschnittlich verfügen Studierende über 770 Euro im Monat. In Thüringen liegen die durchschnittlichen Einnahmen mit 686 Euro deutlich darunter. Nach den EU-Kriterien liegen im Osten rund 27% der Studierenden unter der Armutsgrenze von 604,80 Euro/Monat.

• Durch steigende Preise und gleich bleibende Einkommen sinkt die Kaufkraft der Studierenden. So stiegen beispielsweise die durchschnittlichen Mietausgaben von Studierenden in den letzten zwölf Jahren um 65 Euro auf 266 Euro pro Monat.

• Die Einführung von Studiengebühren 2001 in Österreich führte zu einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Erstinschreibungen um 15 %. Studiengebühren kann sich nicht jeder leisten.

• 2006 erhielten 23% der Studierenden Bafög - in Ostdeutschland verhältnismäßig mehr als im Westen. 43% der aus Thüringen stammenden Studierenden erhielten 2006 Bafög! 79% der Empfänger könnten ohne die Förderung nicht studieren. 31% der Studierenden aus einer niedrigen sozialen Schicht,